

## Telegraphische Nachricht.

**Kassel, 12. Juni.** Die Ständeversammlung hat heute nach fünfständiger Verhandlung die Gesetzentwürfe über den Staatsgerichtshof, und den Antrag, das provisorische Gesetz vom Juni 1831 über das Ober-Appellationsgericht beizubehalten, einstimmig abgelehnt. Vorgelegt wurden ein Vereinsgesetz und ein Beschluß des Ministeriums, daß die Revision des Wahlgesetzes nach erfolgtem Eintritt der Ritters in die Kammer zurückgenommen werden soll.

## Preußen.

**Berlin, 12. Juni.** [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Superintendenten a. D., Pfarrer Dehmel zu Friedersdorf im Kreise Lauban, und dem bisherigen Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Peter Gottlieb Schulz zu Bromberg, den rothen Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife, dem Professor der katholischen Theologie, Dr. Achterfeld zu Bonn, dem Domänen-Kontrollmeister, Amtsrath Laured zu Elbing, dem Postverwalter Gerlach zu Hornburg, im Kreise Halberstadt, und dem Stadt-Foll-Inspktor Foerster zu Breslau den rothen Adler-Orden 4. Klasse, dem Kaufmann und Königl. hannoverschen Consul Carl Hagen zu Pillau und dem Partikulier Tauber zu Wien den Königl. Kronen-Orden 4. Klasse, sowie dem Rathhaus-Inspktor Repler zu Breslau und dem evangelischen Lehrer Friedrich zu Haina, im Kreise Delitzsch, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner die Wahl des Landchafts-Deputierten v. Blankenburg auf Gardemin zum General-Landchafts-Rath der pommerschen Landchaft auf die Dauer von 6 Jahren zu bestätigen.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: zu der von des Fürsten zu Hohenollern-Gehringen Hobeit beschlossenen Verleihung des Ehrenkreuzes 3. Klasse des fürstlich hohenzollernischen Hausordens an den Komponisten Hector Berlioz, Mitglied des kais. französischen Instituts, Allerhöchsthie Genehmigung zu erteilen. (St.-A.)

**Babelsberg, 12. Juni.** [Seine Majestät der König] nahmen vorgestern den Vortrag des Minister-Präsidenten v. Bismarck entgegen und besichtigten am neuen Palais das Lehr-Infanterie-Battillon. Gestern empfingen Seine Majestät den Oberst-Lieutenant von Kessel, Kommandeur des 1. Garde-Regiments zu Fuß, den Obersten Freiherrn von Lyncker, Kommandeur der Garde-Artillerie-Brigade, und den Obersten von Bülkingslöwen, Kommandanten von Wesel. Vortrag hatten das Militär-Kabinet und der Kriegsminister. (St.-A.)

**PL. Berlin, 12. Juni.** [Oberpräsidenten nach Berlin berufen.] Keine gerichtliche Verfolgung der verwarnten Zeitungen. — Freisprechung.] Die Anwesenheit der Oberpräsidenten von Sachsen, v. Witzleben, und von Pommern, v. Senff-Pilsach, ist nicht ohne Bedeutung; man sagt, die übrigen sechs Civil-Chefs der Provinzialregierungen würden ihnen, einer nach dem anderen, hierher folgen. Eigenthümlich bleibt es, daß die am meisten der feudalen Strömung geneigten Oberpräsidenten den Anfang gemacht haben. Sie hatten mit dem Minister des Innern heute lange Besprechungen, seien dann von dem Ministerpräsidenten und dann vom Könige empfangen worden. Es heißt, daß sie nicht nur Instructions über die Handhabung der Preß-Ordnung vom 1. Juni entgegen nehmen, sondern auch Bericht über die Stimmung in ihren Provinzen erstatten sollten, und daß diese Berichte gewissermaßen als Anhalt und Grundlage für weitere Verordnungen, namentlich gegen die Beamten und Vereine, dienen würden. Ein hier vielfach verbreitetes Gerücht, wonach die Regierung die wegen ihrer Erklärung gegen die Preß-Ordnung verwarnten Berliner Morgenblätter auch noch gerichtlich belangen wollte, wird von gut unterrichteten Leuten stark bezweifelt. — Der Schriftsteller Walebrode ist heute in zweiter Instanz wegen eines Artikels in seinem „Fortschritt“, worin das Delegirten-Projekt besprochen und die auswärtige Politik des Herrn von Bismarck angegriffen war, wie in erster Instanz freigesprochen worden. Der Staatsanwalt Drenkmann hatte 150 Thlr. Geldbuße, ev. 3 Monat Gefängniß beantragt.

[Nationalfonds.] Vor dem Einzelrichter des Kreisgerichts wurde vorgestern, nachdem der Termin bereits früher einmal vertagt worden, gegen den Mauergeßellen Zierholz aus Friedrichsfelde wegen verbotswidrigen Sammelns von Beiträgen für den Nationalfonds verhandelt. Der Angeklagte war geständig, mit einer Liste von den Sammlungen für den Nationalfonds zu mehreren ihm befreundeten Einwohnern von Friedrichsfelde gegangen zu sein, von ihnen Beiträge für den Fonds in Empfang genommen und dann später für denselben abgeliefert zu haben. Er bestritt aber die Behauptung der Anklage, daß dies Sammeln im Monat December v. J. geschehen sei, indem er den Zeitpunkt der Sammlung auf den Anfang des Monats November v. J. angab. Die diese Sammlung verbietende Verordnung der Potsdamer Regierung ist bekanntlich am 7. Noobr. publicirt worden. Der Polizeibeamte, von dem die Denunciation erfolgt war, erklärte, daß die Sammlung nach der Publication der angeführten Verordnung geschehen sei. Der Verteidiger des Angeklagten Rechtsanwalt Borchardt aus Charlottenburg, behauptete, daß einmal die Zeit der Sammlung nicht genügend festgestellt sei, dann aber, daß jene Verordnungen der Rechtsgiltigkeit entbehren. Ueberdies sei der Polizeibeamte dem Beweis schuldig geblieben, daß das Polizeipräsidium von Berlin die Ortspolizeibehörde von Friedrichsfelde sei und es so das Recht habe, für dort Polizeiverordnungen zu erlassen. Der Polizeibeamte erwiderte auf die letztere Ausföhrung, daß nach dem Reglement vom Jahre 1822 das Polizeipräsidium von Berlin mit der Ausübung der Sicherheitspolizei für den weiteren Polizeibezirk von Berlin beauftragt worden sei, wogegen der Verteidiger replicirte, daß es sich in dem concreten Falle nicht um eine Function der Sicherheitspolizei, sondern der allgemeinen Landespolizei handle. — Der Einzelrichter, Kreisgerichtsrath Dr. Louis, erkannte den Angeklagten des strafbaren Collectirens für schuldig und verurtheilte ihn zu einer Geldstrafe von einem Thaler oder einem Tag Gefängniß.

[Verwarnungen.] Auch die Verleger der „Danziger Zeitung“ und des „Neuen Elbinger Anzeigers“ haben von dem danziger Regierungspräsidium eine Verwarnung wegen ihrer politischen Haltung, insbesondere wegen Beirritts zu der bekannten Erklärung gegen die Verordnung über die Presse erhalten.

[Das Stein-Denkmal] wird seinen Platz im Lustgarten finden. Mit der Ausführung desselben ist von Sr. Maj. dem Könige der Bildhauer Professor Schiewelbein betraut worden.

[Das Verzeichniß der entwendeten polnischen Pfandbriefe.] Die „B. B. Z.“ schreibt: Um vielfachen Nachfragen zu genügen, bemerken wir, daß das Verzeichniß der in Warschau gestohlenen polnischen Pfandbriefe heute hier eingetroffen ist, so daß wir trotz des beträchtlichen Umfanges desselben die Publication zu morgen glauben zusagen zu können.

[Das Collegium der Kaufmanns-Altesten.] Anträge aus dem Schooße der Corporation, sowie auch des Collegiums selbst gaben gestern Abend dem Altesten-Collegium der berliner Kaufmannschaft Veranlassung, eingehend die Frage zu be-

sprechen, ob die Absendung einer Deputation an Se. Majestät, oder eine Vorstellung an das Staatsministerium, um die Zurückwirkung unserer Zustände auf Handel und Gewerbe zu schildern, rathsam sei? Es wurde ausführlich die Frage wegen Competenz des Collegiums, wegen eines Erfolges des beantragten Schrittes u. s. w. erörtert, und zuletzt mit 8 gegen 7 Stimmen beschloßen, zur Zeit auf keinen der gestellten Anträge einzugehen. In Magdeburg ist das Altesten-Collegium, wie wir hören, über einen ähnlichen Schritt nicht schlüssig geworden, da auf beiden Seiten Stimmengleichheit war.

[Eine persönliche Begegnung Sr. Majestät des Königs] mit dem Kaiser Franz Joseph in Carlsbad wird jetzt wieder für wahrscheinlich gehalten. Es wird aber versichert, daß dieses Zusammen-treffen, wenn anders es wirklich dazu kommen sollte, keinen politischen Zweck haben und nur als eine Begrüßung des Monarchen, der als Gast auf österreichischem Boden verweilen wird, zu betrachten sein würde.

[Die entwendeten polnischen Pfandbriefe.] Bezüglich der von den russischen Gesandtschaften erlassenen Warnung vor dem Ankauf der der warschauer Bank entwendeten 3,200,000 Thlr. Pfandbriefe fügt die „B. u. S.-Z.“ ihren gestrigen Bemerkungen hinzu, daß die Warnung ziemlich überflüssig sein dürfte. Offenbar ist die Entwendung im Auftrage und zu Gunsten der revolutionären Nebenregierung erfolgt, und diese behält nachmaßlich die Papiere in ihrem Verwahrsam. Wahrscheinlich wird erst nach beendeter Revolution diese bedeutende Summe an Effecten in Umlauf kommen. Ein Verzeichniß der Nummern wird übrigens in diesen Tagen veröffentlicht werden. An der hiesigen Börse hat, wie unsere Börsenberichte ergeben, der Verkehr in den in Rede stehenden Pfandbriefen weder gestern noch heute eine Unterbrechung erlitten.

[Der Handelsvertrag mit China,] den der heutige „Staats-Anzeiger“ veröffentlicht, ist unterzeichnet preussischerseits von Graf Culenburg und chinesischerseits von Tschong-luen u. Tschong-bu.

[Ein Zuchthäusler als politischer Denunciant.] Der „Publiz.“ schreibt: Wie seiner Zeit gemeldet, hatte sich bei dem Ministerpräsidenten Herrn v. Bismarck ein Mensch gemeldet, der angeblich Aufschlüsse über ein von Polen ausgehendes hochverrätherisches Attentat wollte machen können. Auf seine Angaben hin wurden auch Anstalten zum Einfangen der Attentäter gemacht; es ließ sich aber Niemand blicken. Der Bursche hat sich seitdem als ein Dieb und entlassener Zuchthäusler entpuppt. Während er in Herrn v. Bismarcks Vorzimmer wartete, hat er diese Gelegenheit benutzt, um dort zu stehlen. Er wird nächsten vor Gericht erscheinen.

**Königsberg, 11. Juni.** [33. K. H. der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin] machten vorgestern von hier aus einen Ausflug nach Pillau und dem Samlande, von welchem sie Abends gegen halb 10 Uhr zurückkehrten. Gestern, Mittwoch, Morgens 9 Uhr, inspicirte Se. K. H. der Kronprinz das 4. Infanterie-Regiment auf Herzogsdack. Die Frau Kronprinzessin beehrte gestern Vormittags 11½ Uhr die Königl. Kunstacademie mit ihrem Besuche und geruhte über die in den Ateliers aufgestellten Arbeiten der Lehrer und Schüler, so wie über die Gemälde des Stadtmuseums sich eingehend und mit lebhaftem Interesse zu äußern. Um halb 1 Uhr wurde sie von Höchstherrn Gemahl daselbst abgeholt. Von dort begaben sich die hohen Herrschaften nach der Domkirche und demnachst nach dem Krankenhaus der Barmherzigkeit. Um etwa 1½ Uhr fuhren 33. K. H. mit Extrapost nach Friedrichstein zu einem Besuche des Grafen Dönhoff hinaus. Nach der Zurückkunft begaben sich Höchstherrselben zu einer Soirée bei dem Ober-Präsidenten Dr. Eichmann. Heute, Donnerstag, Vormittags 10 Uhr, findet auf Herzogsdack eine Parade des hier garnisonirenden Militärs vor Sr. Königl. Hoheit dem Kronprinzen statt. Nach der Parade wird Höchstherrselbe noch eine Inspection der Artillerie, ebenfalls auf Herzogsdack, vornehmen. Freitag Früh reist das krongprinzliche Paar von hier nach Memel ab.

**Danzig, 11. Juni.** [Die Kanonenboote „Basilisk“ und „Bliz“,] welche bisher ihre Probefahrten abhielten, werden, dem „Danz. Dampf.“ zufolge, heute unter Kommando der Lieutenanten J. S. Schau und Mac-Lean definitiv in Dienst gestellt und sollen in Gemeinschaft mit dem Kriegsdampfer „Abler“ eine Reise nach dem mittelländischen Meere machen. Der Vording Nr. 2 hat heute nach den Moolen gelegt, um unter Zahlmeister de Haan Materialien nach Straßburg zu bringen.

**Mühlheim a. d. R., 10. Juni.** [Nicht zugelassen.] In letzter Sitzung der hiesigen Stadtverordneten ward ein Antrag eingebracht, um über den Tösch einer Adresse an Se. Maj. den König zu beschließen, in der die Zustimmung zu den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses erwähnt werden sollte. Der Vorsitzende ließ jedoch auf Grund des bekannten ministeriellen Rundschreibens eine Discussion über diesen Antrag nicht zu. (E. Z.)

**Bonn, 7. Juni.** [Zur Presse.] Der Verfasser der politischen Wochenschau der „Bonner-Ztg.“ erklärt heute, daß in Folge der „Königlichen Verordnung“ über die Presse, die Besprechung inländischer Angelegenheiten, soweit sie Regierungsakte betreffen, auch in der wöchentlichen Ueberschau bis auf Weiteres ausgesetzt bleiben müsse, und der „Constitutionelle Verein“ erklärt, daß mit Rücksicht auf die Lage der politischen Blätter bis auf Weiteres nur nach vorübergegangenem Beschlusse des Vereins die Vereins-Verhandlungen der Presse zur Veröffentlichung mitzutheilen seien.

## Deutschland.

**Luzemburg, 9. Juni.** [Die Wahlen] für die Erneuerung der Hälfte der Kammer haben heute stattgefunden. Der Kampf war ein verzweifelter und endete, wie die meisten Schlachten in Amerika: die beiden Gegner zogen sich in ihre bisherige Stellung zurück. Die Regierung hatte mit den Ultramontanen das engste Bündniß geschlossen, brachte es aber nicht dahin, daß sie einen einzigen ihrer hervor-ragenden Gegner aus dem Felde geschlagen hätte. So bleibt die entschiedene Opposition Meisters der Lage: sie zählt 14 Mitglieder von 31, während die Regierung kaum auf ein halbes Duzend Stimmen fest rechnen kann. (K. Z.)

**Wiesbaden, 9. Juni.** [Controle der Einnahmen und Ausgaben.] Bekanntlich hat die herzogliche Regierung eine Summe von etwa 35 bis 40,000 Gulden aus Landesmitteln verwendet, um in dem Bade Soden den sogenannten „Sprudel“ eine warme Soolquelle zu erböhren. Das Wasser dieser Quelle, welches sich seiner hohen Temperatur wegen besonders zu Bädern eignet, wird schon seit 5 Jahren unter Leitung des herzoglichen Amts-Höchst zu diesem Zwecke verwendet. Für das Bad werden 42 Kreuzer bezahlt. Die Bezahl-

ung erfolgt an den Leihbibliothekar Ehler in Soden. An wen dieser das Geld abliefern, ist unbekannt. Eben so, was damit gemacht wird. Da diese Einnahme die Rente eines aus Staatsmitteln aufgewendeten Kapitals darstellt, so hätte sie in das Einnahme-Budget aufgenommen und auch in der Staatsjahres-Abrechnung deren Verwendung nachgewiesen werden müssen. Dies ist nicht geschehen, obgleich die Einnahmequelle schon seit 5 Jahren fließt. Um diesen Sachverhalt aufzuklären, hat endlich heute der Abgeordnete Krauß eine Anfrage in der Ständeversammlung gestellt, wohin das Geld gekommen sei, und warum man weder in dem Budget noch in der Rechnungsablage etwas davon finde. Natürlich wäre ein Beamter, welcher Gelder, die in die Landessteuerkasse gehören, nicht dorthin abliefern, sondern zu Zwecken verwenden, welche weder durch das Gesetz noch durch ständische Bewilligung sanctionirt sind, persönlich erspässlich, ohne daß er sich durch einen Auftrag seiner vorgesetzten Behörde decken könnte. Die Regierung behielt sich Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Krauß vor. Man ist sehr gespannt darauf, wie sich die Sache aufklärt. Sie ist prinzipiell von Bedeutung und auch in materieller Hinsicht nicht unerheblich. Denn wie der Interpellant angab, fielen allein in 1862 verabreicht worden 4975 Bäder zu 42 Kreuzer jedes, macht also 3482 Gulden 30 Kr. per Jahr. Würde diese Summe zur Landessteuerkasse vereinnahmt, so wäre es eine sehr gute Verzinsung des ausgewandten Kapitals, das bis jetzt unverzinst geblieben ist, obgleich die Regierung als sie sich solches von den Ständen bewilligen ließ, versprochen, es durch Salzgewinnung oder sonst wie rentbar zu machen, ein Versprechen, das bis jetzt unerfüllt geblieben ist. (Rh. Kur.)

**Kassel, 10. Juni.** [Diplomatisches. — Wahlgesetz.] Der zur Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit Preußen in außerordentlicher Mission hierher gesandte Graf Münster-Meinhold, Commandeur der 8. Kavallerie-Brigade, welcher länger denn zwei Monate sich hier aufhielt, wird in diesen Tagen von hier wieder abreisen, da der zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am hiesigen Hofe von der preussischen Regierung ernannte Geheimdelegationsrath von Arnim künftigen Sonnabend hier eintreffen wird. Graf Münster soll über die ihm während seines hiesigen Aufenthalts zu Theil gewordene Aufmerksamkeit nicht sehr erbaut sein. Derselbe wurde nicht einmal zu der am 30. v. M. stattgehabten großen Parade der hier und in der Umgegend garnisonirenden Truppen eingeladen, was man in Folge der hohen militärischen Stellung, die er einnimmt, allgemein erwartet hatte. Es fiel um deswillen auf, weil er dieser Parade, in Civilkleidern und nicht im Gefolge des Kurfürsten, in welchem sich mehrere auswärtige, namentlich österreichische Offiziere befanden, bewohnte. So viel im Publikum darüber verlautet, hat Graf Münster während seiner Anwesenheit eine neutrale Stellung in unserer Verfassungs-Angelegenheit eingenommen und hat nur einmal, bei Gelegenheit, als der Ritterschaft in Kaufungen wegen der Wahlgesetzfrage tagte, sich entschieden zu Gunsten der von den Ständen amendirten Novelle zum Wahlgesetz ausgesprochen. Der diesseitige Minister-Resident am Hofe zu Paris, Legationsrath von Trott, ist hier eingetroffen. Wie man sagt, soll er keine unerschütterliche Ansicht von der napoleonischen friedlichen Politik mit hierher gebracht haben, wodurch in manchen Kreisen ein ganz bedenkliches Kopfschütteln bemerkt worden ist. Es ist möglich, daß ein scharfes Auftreten vorläufig dadurch vermieden wird, und hier entschiedener denn je die politische Strömung eine antipreußische Richtung nimmt. Die Mittheilungen des Herrn v. Trott mögen auch auf die Entschlüsse in Betreff des Wahlgesetzes eingewirkt haben, da in dem heutigen Gesetzblatt das Gesetz, „die weiteren Bestimmungen über die Zusammenfassung der Ständeversammlung betr.“, sowie auch ein Ministerialaus-schreiben bezüglich der Wahl der ritterschaftlichen Landtagsabgeordneten erschienen sind. (Z. f. N.)

## Oesterreich.

**\* Wien, 12. Juni.** [Ueber die Anwesenheit des Herzogs von Gotha] bringt die „Presse“ einen ziemlich ironisch gehaltenen Artikel, den sie mit folgenden Worten schließt: „Der Herzog des deutschen Nationalvereins verbürgt jetzt in Wien Oesterreich die Zustimmung selbst der kleindeutschen Partei, wenn dieses die deutsche Reform ernsthaft in Angriff nimmt. Aber freilich: ernsthaft muß sie sein, denn mit einer Delegirten-Versammlung für deutsches Obligationenrecht wird man allerdings nirgends Erfolge erringen. Wie es den Anschein hat, giebt es jetzt auch in unseren Regierungskreisen schon eine kräftigere Partei, welche sich dieser Erkenntniß nicht länger verschließt, und Herzog Ernst hat daher hier eine für seine politische Mission viel Glück verheißende Aufnahme gefunden. Von einem wahrhaften Resultate aber dürfte man sich zur Stunde noch ziemlich entfernt befinden. Das Signal, daß ein solches erreicht wird, mußte unter den obwaltenden Umständen eine partielle Ministerkrise sein. In welchem Maße übrigens diese Bestrebungen namentlich auch von auswärts unterstützt werden, das hat der Artikel des Palmerston'schen Organs offenbart. Wir wollen hoffen, daß Lord Palmerston mehr als einen Wunsch aussprechen läßt, wenn er in jenem höchst merkwürdigen und sorgfältig zu beachtenden Artikel sagen läßt, „daß Oesterreich binnen wenigen Wochen dem übrigen Deutschland einen bestimmten Vorschlag machen wird.“ (Die „Presse“ scheint also zu meinen, daß die deutsche Nationalpartei zur Zeit ihre Hoffnung mehr auf Oesterreich, als auf Preußen setzt — vorausgesetzt, daß Oesterreich mit ernstlichen Reformen des deutschen Bundes vorgeht.)

## Frankreich.

**\* Paris, 9. Juni.** [Aus Cochinchina.] Der „Moniteur“ zeigt an, daß Viceadmiral Bonard mit den Ratificationen des zwischen Frankreich und Cochinchina abgeschlossenen Vertrages in Paris angekommen ist. — Die „Batterie“ enthält ein Schreiben aus Saigon vom 30. April, das Rückschlüsse über die behufs des Austausches der Ratificationen von Admiral Bonard nach Hue unternommene Reise liefert. Der Admiral verließ Saigon am 18. April am Bord der Fregatte „Semiramis“, der sich der „Forbin“, der „Cosmao“ und der „Grenada“ angeschlossen hatten, auf welcher letzterem sich Phan-Tan-Yang, der zukünftige Gesandte Anams an dem französischen Hofe, befand. Das kleine Geschwader legte in der Bai von Turan an, wo seiner bereits Mandarinen mit allen nöthigen Reisebedürfnissen harrten. Die von dem französischen Kaiser geschickten Gesandten wurden unter dem Geleit von zwei Offizieren den Strom hinaufgeführt, doch reiste man nur des Nachts, damit die Offiziere keine Aufnahme der Befestigungen der Hauptstadt machen könnten. Nach drei Tagen kam man in Hue an, wo die Gesandtschaft in einem geräumigen, eigens für sie gebauten Hause außerhalb der ausschließlich als kaiserliche Residenz dienenden Citadelle untergebracht wurde. Die Stadt Hue besteht aus kleinen Häusern, von denen viele weiter nichts sind, als mit Stroh bedeckte Erdbütten. Die Citadelle liegt in der Mitte der Stadt und ist rings von Wasser umgeben. Jede ihrer

